

Bildung für nachhaltige Entwicklung



Ökologische Rechte für Kinder und Jugendliche im Zeitalter des Klimawandels stärken!



„Nachhaltige Entwicklung ist keine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit“

(UN-Generalsekretär Ban Ki-moon)¹

Einleitung

„Die größte Herausforderung für weiteren Fortschritt bezüglich der menschlichen Entwicklung besteht darin, dass unsere Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten – wie sich immer mehr herausstellt – nicht nachhaltig sind“.² Zu diesem Schluss kommt der Bericht der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung im Jahr 2010 – also rund 18 Jahre, nachdem die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung mit der Agenda 21 einen ambitionierten umwelt- und entwicklungspolitischen Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung auf den Weg gebracht hatte.

Nachhaltigkeit bedeutet, sich so zu verhalten, dass zukünftige Generationen dieselben Chancen auf ein erfülltes Leben haben wie wir. Gleichzeitig müssen die Chancen für alle Menschen auf der Erde fairer verteilt werden. Nachhaltige Entwicklung verbindet wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der natürlichen Umwelt.³

Die Agenda 21 nimmt in Kapitel 25 ausdrücklich Kinder und Jugendliche als wichtige Akteure für nachhaltige Entwicklung in den Fokus und benennt Bildung als Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Kindernothilfe und Deutsches Jugendrotkreuz nehmen den Rio+20 Gipfel im Juni 2012 zum Anlass, die Bedeutung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Verwirklichung der ökologischen Rechte für Kinder und Jugendliche herauszustellen und zentrale Forderungen zu benennen.

Rio+20 Gipfel

Ziel des Rio+20 Gipfels vom 20. – 22. Juni 2012, 20 Jahre nach der UNCED-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, ist es, das Bekenntnis der UN-Mitgliedsstaaten für nachhaltige Entwicklung zu stärken, die Fortschritte der vergangenen Dekaden zu analysieren, Umsetzungsprobleme zu benennen und sich den neuen Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen. Neben der Aufwertung von Institutionen für nachhaltige Entwicklung innerhalb der Vereinten Nationen, wie etwa dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) bzw. der Einführung eines Rates für nachhaltige Entwicklung, werden vor allem Wege in eine „Green Economy“ verhandelt. Unter Green Economy versteht UNEP eine Wirtschaftsweise, die menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden.⁴

¹ Vgl. www.un.org/sg/priority.html.

² UNDP 2010: Bericht über die menschliche Entwicklung 2010, S. 101.

³ Vgl. www.bne-portal.de.

⁴ Vgl. <http://www.unep.org/greeneconomy/AboutGEI/WhatisGEI/tabid/29784/Default.aspx>.

Nachhaltige Entwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Herausforderungen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen Menschen weltweit vor großen Herausforderungen: Es ist unwahrscheinlich, dass die Millenniums-Entwicklungsziele noch bis 2015 umgesetzt werden können. Auch die Bilanz zu den auf dem ersten Erdgipfel vor zwanzig Jahren entwickelten Lösungsansätzen sieht düster aus: So haben sich Klimawandel und Artensterben eher beschleunigt. Armut, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Ressourcenverknappung und Umweltzerstörung werden sich

in den kommenden Jahrzehnten durch die globale Finanzkrise, anhaltendes Bevölkerungswachstum, zunehmende Migration und Verstädterung sowie den Klimawandel verschärfen und einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Hierdurch werden die Gestaltungsmöglichkeiten heutiger und zukünftiger Generationen massiv beeinträchtigt und gerade die Rechte junger Menschen verletzt.

Erschreckende Fakten:

- Jedes Jahr sterben weltweit mindestens drei Millionen Kinder unter fünf Jahren aufgrund umweltbezogener Krankheiten.⁵
- UNDP warnt davor, dass die Zahl unterernährter Kinder infolge des Klimawandels durch den Anstieg des Meeresspiegels, Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen und Niederschlagschwankungen bis 2050 um 25 Millionen steigen könnte.⁶
- 67 Millionen Kinder weltweit können keine Schule besuchen.⁷
- 81 Millionen junge Menschen weltweit sind arbeitslos. Sie kämpfen um menschenwürdige Arbeit, die ihnen ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht.⁸

Ökologische Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken!

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung in ganzheitlicher Weise. Dieses ist festgeschrieben im Übereinkommen über die Rechte des Kindes, der UN-Kinderrechtskonvention. Darin hat sich die Staatengemeinschaft verpflichtet, das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt aller Maßnahmen öffentlicher und privater Akteure, die Kinder betreffen, zu stellen. Als weitere Prinzipien der Konvention gelten das Grundrecht auf Überleben und persönliche Entwicklung, das Prinzip der Gleichbehandlung, die Verwirklichung der Kinderrechte sowie die Achtung vor der Meinung des Kindes. Aus der Kinderrechtskonvention lassen sich auch ökologische Kinderrechte ableiten. Damit gemeint sind die Rechte eines jeden Kindes, in einer intakten Umwelt aufzuwachsen, ein gesundes Leben zu führen und positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln.



Protestmarsch für Klimagerechtigkeit in Chennai/Indien.

⁵ UNDP 2011: Bericht über die menschliche Entwicklung 2011, Bonn; S. 63.

⁶ UNDP 2011: a.a.O.; S. 66.

⁷ UNESCO: Education for all Monitoring Report 2011, Paris; S.24.

⁸ UNICEF 2011: Adolescence. An Age of Opportunity, New York; S. 8.

Mehrere Artikel der Kinderrechtskonvention haben direkten Bezug zu ökologischen Kinderrechten:

Artikel 6: „das Recht des Kindes auf Leben“

Artikel 24: „das Recht des Kindes auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit“

Artikel 27: „das Recht des Kindes auf angemessene Lebensbedingungen“



Kinder in Peru lernen, was im Katastrophenfall zu tun ist.



Jugendliche diskutieren auf dem JRK-Supercamp über Klimaflüchtlinge.



Junge Umweltschützer aus Peru diskutierten mit Bundestagsabgeordneten.

Auch das auf dem Rio-Gipfel 1992 entworfene Konzept einer nachhaltigen Entwicklung fordert intra- und intergenerative Gerechtigkeit in Bezug auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen. Kapitel 25 der Agenda 21 nimmt ausdrücklich Kinder und Jugendliche als „Stakeholder“ für nachhaltige Entwicklung in den Fokus: „Die Kinder erben nicht nur die Verantwortung für die Erde, sondern sie stellen in vielen Entwicklungsländern auch fast die Hälfte der Bevölkerung. Außerdem sind Kinder sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern überaus anfällig für die Auswirkungen der Umweltverschlechterung. Darüber hinaus sind sie auch sehr bewusste Verfechter des Umweltgedankens.“⁹

Um ihre ökologischen Rechte einlösen zu können, müssen Kinder und Jugendliche über Umweltprobleme und Umweltschutz umfassend aufgeklärt werden, wie z. B. über die Risiken des Klimawandels und die Möglichkeiten, sich an dessen Folgen anzupassen. Sie müssen ihre Rechte kennen lernen und erfahren, wie sie sie einfordern können. Nur so können sie als wichtige Multiplikatoren in ihrem Umfeld am gesellschaftlichen Leben und politischen Entscheidungsprozessen umfassend teilhaben und die Gesellschaft mitgestalten. Hierbei spielt Bildung eine zentrale Rolle.



Umweltaktivisten aus La Oroya/Peru.

⁹ Kapitel 25 der Agenda 21: Kinder und Jugendliche (Auszug).

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Was ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)?

Investition in Bildung ist unverzichtbar für nachhaltige Entwicklung, für die Anpassung an den Klimawandel und für Armutsbekämpfung und somit auch für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. „Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln. Sie versetzt Menschen in die Lage, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt.“¹⁰

Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde als Bildungskonzept in der Nachfolge zur Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 entwickelt. Mit der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014) haben sich Staaten weltweit verpflichtet, das Bildungskonzept zu stärken – vom formalen Lernen in Kindergärten und Schulen, beruflichen Ausbildungsstätten sowie Universitäten und Forschungsinstituten über non-formales Lernen in außerschulischen Weiterbildungseinrichtungen bis zum informellen Lernen außerhalb von Bildungseinrichtungen. Im Vorbereitungsprozess zum Rio+20 Gipfel spielte das Konzept jedoch keine größere Rolle.

BNE ist notwendige Voraussetzung dafür, dass die Menschen Globalisierungsprozesse, die fortschreitende Vernetzung des Lebens sowie die Veränderung von Mensch und Natur im Sinne nachhaltiger Entwicklung mitgestalten können. Sie kann helfen, die Folgen globaler Krisen (Klimawandel, Nahrungsmittelkrise,

Finanzkrise) zu mildern. Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung erwerben vor allem junge Menschen Kompetenzen für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Verwirklichung der Menschenrechte, Beseitigung der Armut, Einsatz für mehr Gerechtigkeit, nachhaltiger Interessenausgleich zwischen Nord und Süd sowie Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens von Angehörigen verschiedener Kulturen.

Angesichts des Ausmaßes der weltweiten Folgen nicht nachhaltiger Entwicklung reicht das Erlernen neuer Fähigkeiten für mehr Effizienz im Umgang mit Ressourcen nicht aus. Vielmehr muss ein Bewusstseins- und Wertewandel in der Bevölkerung einsetzen, der die Potentiale neuer nachhaltiger Lebensstile und -formen als Chance und nicht als Einschränkung begreift und immer mehr Menschen zur aktiven Teilhabe anregt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in diesem Zusammenhang eine wichtige Dimension qualitativ hochwertiger Bildung. Sie stellt auf allen Bildungsebenen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Wissen bereit, um nachhaltige Entwicklungsprozesse zu gestalten. Sie leistet einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und versucht, den Konsum und gängige Verhaltensmuster nachhaltig zu verändern. Sie liefert gleichzeitig Kompetenzen, junge Menschen auf „grüne Arbeitsplätze“, die sich am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren, vorzubereiten und sich an sich verändernde Umweltbedingungen wie den Klimawandel anzupassen.



Foto: Olivier Matthys, IFRC



Foto: Kindemotherlife-partners

Bildung ist die Voraussetzung für aktive Teilhabe: Mädchen in einer pakistanischen Schule (li.) und Vertreter eines indischen Kinderparlaments (re.)

¹⁰ Aus: BNE-Portal: http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/02__UN-Dekade_20BNE/01__Was_20ist_20BNE/Einf_C3_BChrung__neu.html.

Klimawandel und Bildung

Klimawandel verletzt Kinderrechte

Von den Folgen des Klimawandels sind besonders arme, verletzte Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens betroffen - darunter vor allem Kinder und Frauen. Viele Entwicklungsländer haben nur begrenzte Möglichkeiten, sich vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, wie etwa durch wirksamen Katastrophenschutz. Extreme Wetterereignisse wie Hurrikans und Überschwemmungen zerstören Ernten, Infrastruktur und Eigentum. Vielerorts verschärft der Klimawandel existierende Umweltschäden und Armut. Für Kinder und Jugendliche bedeutet dies häufig zunehmende Mangel- und Unterernährung, eine Zunahme von Infektionskrankheiten oder höhere Belastung für Frauen und Mädchen durch weitere Wege zum Wasserholen. Kinder sind besonders verwundbar. Sie halten sich häufig im Freien auf und sind Wetterextremen überproportional ausgesetzt. Da sich Kinder und Jugendliche noch in der Entwicklung befinden, reagiert ihr Organismus zudem viel sensibler als Erwachsene, z. B. auf Nahrungsdefizite. Mangelernährung im Kindesalter behindert die geistige Entwicklung und damit die Lebensperspektive der betroffenen Kinder. Somit verletzt der Klimawandel die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte, wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und das Recht auf Bildung.



Foto: Olav A. Saltbones, Norwegian Red Cross

In Pakistan kam es im Juli 2010 zu schlimmen Überschwemmungen.

Klimawandel gefährdet den Bildungssektor

Wenn extreme Wetterereignisse in armen Ländern Schäden anrichten, ist der Bildungssektor besonders gefährdet. Nach Überschwemmungen und Wirbelstürmen entstehen hohe Kosten für den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, wie z. B. bei Schulgebäuden. Hierdurch wird der meist knappe Bildungsetat zusätzlich belastet. So hat die Flutkatastrophe 2010 den Bildungsnotstand in Pakistan drastisch verschärft. In den überschwemmten Gebieten wurden die meisten Schulen zerstört oder zu Flüchtlingslagern umfunktioniert. Muss der Schulbe-

trieb unterbrochen werden, so beeinträchtigt dies Lernerfolge und führt im schlimmsten Fall zu „verlorenen Generationen“. Häufig sind Familien, die durch klimabedingte Katastrophen ihre Existenzgrundlage verloren haben, nicht mehr in der Lage, ihre Kinder überhaupt zur Schule zu schicken. Hiervon sind besonders Mädchen betroffen. Auch eine Zunahme von Infektionskrankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber sowie durch Wasser übertragene Infektionskrankheiten behindern den Schulbesuch von Schülern und Lehrern.



Foto: Kindemehilfe-Partner



Foto: Jens Großmann

Die Flutkatastrophe 2010 in Pakistan verschärfte auch den Bildungsnotstand: zerstörtes Schulmobiliar.

Kinder und Jugendliche als wichtige Akteure für nachhaltige Entwicklung

Kinder sind nicht nur Betroffene, sondern auch Akteure für einen politischen Wandel hin zum Schutz von Natur und Umwelt, für besseren Klimaschutz und für eine effektive Anpassung an den Klimawandel. Sind junge Menschen für den Umweltschutz sensibilisiert, möchten viele von Ihnen selbst aktiv werden. Als Multiplikatoren geben sie ihr Wissen an die Familien und Gemeinden weiter und motivieren auch diese zum Handeln. Jungen und Mädchen können einen wichtigen Beitrag zur Katastrophenvorbeugung leisten. Sie beobachten ihre Umwelt genau

und bemerken Veränderungen oft als erste. In Planungsprozessen können sie wichtige Impulse geben, denn als Hauptbetroffene sind sie „Experten“ für existierende Probleme. Kinder und Jugendliche können also Vieles zum Erhalt natürlicher Ressourcen und zur Gestaltung ihres sozialen Umfeldes tun, wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dazu gehört neben einer umfassenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Prozessen auch die Stärkung der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Lösungsansätze für den Klimawandel aus dem Bildungsbereich

• Klimaschutz: Information und verantwortungsvolles Handeln

Bildung für nachhaltige Entwicklung kommt eine zentrale Rolle im Klimaschutz zu. Um das Klima effektiv zu schützen, müssen wir den Ressourcen- und Energieverbrauch drastisch verringern. Hierzu bedarf es gut informierter, verantwortungsvoller und tatkräftiger Politiker, Manager und Bürger, die die Zusammenhänge zwischen menschlichem Handeln und Umwelt verstehen. Bildung, die einen Schwerpunkt auf nachhaltige

Entwicklung und Klimaschutz legt, vermittelt, dass das eigene Verhalten als Konsument die gesamte Wirtschaft beeinflussen kann und dass z.B. bestimmte Mobilitätsformen Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen haben können. Sie kann Menschen dazu bewegen, kritisch zu denken, globale Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, von Politikern eine ambitionierte Klimapolitik einzufordern.

• Klimaanpassung: Beteiligung an Strategieentwicklung und -umsetzung

Neun von zehn Heranwachsenden in Entwicklungsländern sind den Folgen von Umweltzerstörung, Klimawandel sowie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit in besonderem Maße ausgesetzt. Ihre aktive Beteiligung an der Entwicklung von Strategien zur Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel ist ein Imperativ – der jedoch nur dann eingelöst werden kann, wenn entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

Zu den Anpassungsmaßnahmen an nicht mehr vermeidbare Folgen des Klimawandels gehören daher nicht nur katastrophensichere Schulgebäude, sondern auch Angebote für lebenslanges Lernen sowie die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Denn der Bildungsbereich ist durch den Klimawandel nicht nur besonders gefährdet, er bietet auch

wichtige Lösungsansätze. In der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit kann das Bewusstsein von Kindern und ihren Familien für die Risiken des Klimawandels und für die Möglichkeiten, sich an die Veränderungen anzupassen, geschärft werden, z. B. durch angepasste Anbaumethoden in der Landwirtschaft, die bereits Kindern und Jugendlichen vermittelt werden können.

Naturkatastrophen wie in Pakistan haben gezeigt, wie wichtig es ist, auch Strategien zur Verminderung der Gefahren durch Katastrophen in Bildungsprogramme zu integrieren. Dies kann Leben retten, Verletzungen vermeiden und die Unterbrechung von Bildung verhindern. So lernen Gesellschaften, mit den Folgen von Katastrophen besser umzugehen und werden widerstandsfähiger.



Klimaanpassung: nachhaltige Anbaumethoden in Sambia (li.) und katastrophensichere Gebäude in Hatiya/Bangladesch (re.)

Forderungen an staatliche Träger und Akteure der Zivilgesellschaft

1. Bildung am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten.

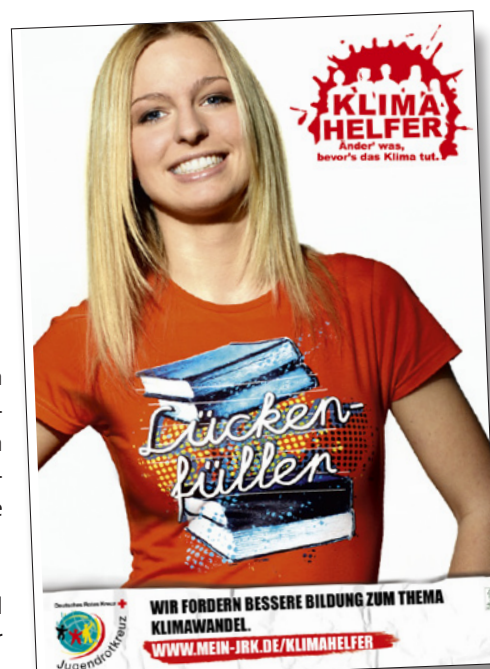
- Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungsbereichen als lebenslanges Lernen verankert werden muss. Hierzu muss BNE auf allen Ebenen in der Bildungspolitik und -praxis verbindlich festgeschrieben werden. Dabei ist besonders die Verknüpfung zwischen „Bildung für alle“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ systematisch voranzutreiben.
- Umweltbildung und Globales Lernen müssen sich als gleichwertige Säulen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ergänzen. Die Verzahnung von formaler und non-formaler Bildung ist weiter voranzutreiben. Seit vielen Jahren erstellen umwelt- und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NRO) erfolgreich Konzepte und praktische Ansätze zu Bildung für nachhaltige Entwicklung.

2. Folgeaktivitäten zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sicherstellen.

- Die Abschlusskonferenz der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2014 in Japan muss genutzt werden, um basierend auf einer Evaluation der Dekade-Ergebnisse umfassende Nachfolgeaktivitäten zu beschließen und zu gewährleisten, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung auch nach 2014 weiter umgesetzt wird.
- International gilt Deutschland als „führendes Land der Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In dieser Position sollte die Bundesregierung die Initiative ergreifen, um Vorschläge für Nachfolgeaktivitäten zu entwickeln und in internationale Prozesse der BNE einzubringen. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang der Beschluss des deutschen Bundestages vom 26.04.2012.¹¹ Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für Folgeaktivitäten zur laufenden UN-Dekade einzusetzen, um so eine möglichst weite institutionelle und strukturelle Verankerung der BNE zu erzielen.

3. Das Menschenrecht auf Bildung universell verwirklichen.

- Der Zugang zu Bildung ist entscheidend für nachhaltige Entwicklung. Hierzu müssen die „Bildung für alle“ Ziele des Weltbildungsforums in Dakar (2000) sowie die Millenniums-Entwicklungsziele zu Bildung, allen Kindern weltweit zu einer hochwertigen Bildung zu verhelfen und die Benachteiligung von Mädchen zu beseitigen, umgesetzt werden. Für jedes Kind auf dieser Welt ist, wie international vereinbart, eine kostenfreie und qualitativ gute Grundbildung bis zum Jahr 2015 zu gewährleisten.
- Vor allem bildungsbenachteiligten und armen Bevölkerungsgruppen in Nord und Süd müssen Zugänge zu qualitativ hochwertiger Bildung und zu einem Lernen für eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden.



Foto/Illustration: Jugendrotkreuz

4. Ökologische Rechte der Kinder und Jugendlichen stärken.

- Alle Kinder dieser Welt haben das Recht, in einer intakten Umwelt aufzuwachsen, ein gesundes Leben zu führen und positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Rechte sowie ihre ökologischen Kinderrechte kennen lernen. Die Bildungscurricula müssen entsprechend ergänzt werden.

5. Fokus auf Klimaanpassung und Katastrophenvorsorge richten.

- Im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung müssen vor allem in den vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern innovative Bildungsansätze entwickelt werden, die Kindern und Jugendlichen eine Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels ermöglichen. Gleichzeitig müssen auch Strategien zur Verminderung von Gefahren durch

¹¹ Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft sichern – Folgeaktivitäten zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglichen“ (Drucksache 17/9186 vom 23.03.2012)

Naturkatastrophen in schulische und außerschulische Bildungsprogramme integriert werden. Für diese Bereiche muss die staatliche und zivilgesellschaftliche Bildungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens gestärkt werden.

- Hierbei ist auch die Zivilgesellschaft gefordert, Programme zu entwickeln, die Kinder und Jugendliche dazu befähigen, ihren Lebensraum und ihr Umfeld aktiv mitzugestalten. Als aufgeklärte und direkt Betroffene sollen junge Menschen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, die Klima- und Umweltthemen betreffen.
- In den Verhandlungen für ein neues Klimaabkommen muss Bildung für nachhaltige Entwicklung als wichtiges Element zur Verankerung der Themen Klimaschutz und Klimaanpassung im Bewusstsein der Bevölkerung gestärkt werden.

6. Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung verbessern.

- Kinder und Jugendliche müssen an der Gestaltung und Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung umfassend beteiligt werden. Das Engagement und die Potenziale junger Menschen, ihrer Organisationen und Netzwerke müssen genutzt werden, um BNE zu fördern.
- Die Teilhabe junger Menschen an Fragen und Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung muss vorangetrieben werden, damit Kinder und Jugendliche zu zentralen Akteuren des politischen Wandels werden können. Hierzu müssen geeignete Strukturen geschaffen werden.

7. Bildung für nachhaltige Entwicklung in Aus- und Fortbildung stärken.

- Berufsausbildungs- und Fortbildungscurricula müssen so umgestaltet werden, dass sie sich an einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten und Fähigkeiten und Fertigkeiten für „grüne Arbeitsplätze“, wie z. B. für ressourcen- und klimaschonende Produktionstechnologien, vermitteln. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen hierzu gemeinsam Richtlinien für „grüne Fertigkeiten“ erarbeiten und festschreiben, die von der Ausbildung bis hin zur späteren Weiterbildung aufeinander abgestimmt sind.



Foto/Illustration: Jörg Farys/Die Projektoren

8. Internationale Vernetzung mit Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika stärken.

- Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Bildungsauftrag, für dessen Umsetzung internationale Kooperationen erforderlich sind. Es gilt nicht nur, Bildungs- und Forschungseinrichtungen zwischen Nord und Süd verstärkt zu vernetzen, um gegenseitig Lern- und Innovationspotentiale zu nutzen. Insbesondere die Süd-Süd-Vernetzung muss verstärkt gefördert werden, mit dem Ziel sich beispielsweise über Best practice-Projekte auszutauschen.
- In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass im Beschluss des Bundestages zu BNE vom 26.04.2012 (Drucksache 17/9186) die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Themenfokus Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mehr Nachdruck zu verleihen.
- Hierbei spielen zivilgesellschaftliche Akteure in den Ländern des Südens mit ihren vielfältigen Erfahrungen bei der Lösung von lokalen und regionalen Problemen eine wichtige Rolle. Die Kooperation von lokalen Bildungsakteuren muss gefördert und lokales Wissen nutzbar gemacht werden.

9. Angemessene Ressourcen und Finanzmittel für Bildung für nachhaltige Entwicklung mobilisieren.

- Ein Großteil der Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet. Diese Arbeit muss auf sichere Füße gestellt werden, auch über das Ende der UN-Dekade hinaus.

Die Zivilgesellschaft setzt sich aktiv ein:



Foto: HCDD

Kinder im Alter zwischen acht und achtzehn Jahren aus Projekten des nordindischen Kindernothilfe Partners Holistic Child Development India (HCDD) haben bereits 2009 klare Forderungen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel formuliert. Bildung und Aufklärung spielen dabei eine zentrale Rolle.

Appell indischer Kinder (Auszug)¹²:

- Gebt uns mehr Wissen über den Klimawandel, damit wir lernen, wie wir uns schützen und anpassen und als Protagonisten des Wandels effektiv zur Minderung der Folgewirkungen beitragen können.
- Nehmt den Klimawandel als Lektion in unsere Schulbücher auf – unter deutlichem Hinweis darauf, was getan werden muss, um die Folgewirkungen zu mindern.
- Klärt unsere Eltern und die Dorfgemeinschaft über die Auswirkungen des Klimawandels auf.
- Unterstützt den Einsatz von Solarenergie, Windkraft und Biogas in unseren Dörfern und verringert den Einsatz von Brennholz zum Kochen.
- Fordert die Leute zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Pool-Systeme auf und verhindert, dass eine Einzelperson ein Auto benutzt.
- Sorgt dafür, dass die breite Öffentlichkeit die Problematik des Klimawandels erkennt und über Möglichkeiten zu ihrer Vorbereitung auf die Folgewirkungen aufgeklärt wird.

Kontakt:

Petra Stephan, AG Advocacy
Referat Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
Kindernothilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg
Tel.: +49 (0)203.7789-185
Fax: +49 (0)203.7789-118
Email: petra.stephan@knh.de

www.kindernothilfe.de
www.facebook.de/kindernothilfe



Die Kampagne des Jugendrotkreuzes „Klimahelfer. Änder' was, bevor's das Klima tut“ befasst sich mit den humanitären Konsequenzen des Klimawandels. Mit Aktionen und Apellen macht sich das Jugendrotkreuz für alle Menschen stark, die vom Klimawandel betroffen sind. Mehr Infos unter www.mein-jrk.de/klimahelfer.

Die Forderungen der Jugendlichen im Jugendrotkreuz

- Wir fordern mehr Schattenplätze durch Bäume und mehr öffentliche Trinkbrunnen zum Schutz unserer Gesundheit.
- Wir fordern bessere Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf extreme Wetterereignisse.
- Wir fordern bessere Bildung zum Thema Klimawandel.
- Wir fordern Gesetze zur Aufnahme von Klimaflüchtlingen.
- Wir fordern vom Deutschen Roten Kreuz die Umsetzung von Klimaschutzrichtlinien und die aktive Beteiligung am Klimaschutz.

Kontakt:

Jessica Fritz, Bildungsreferentin
DRK-Generalsekretariat
Bundesgeschäftsstelle Jugendrotkreuz
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Telefon: +49 (0)30.85404-385
Fax: +49 (0)30.85404-484
Email: fritzj@drk.de

www.jugendrotkreuz.de
www.mein-jrk.de/klimahelfer

¹² http://www.kindernothilfe.de/multimedia/KNH/Downloads/Jahresthema+2010_2011/Indische+Kinder+sprechen+%C3%BCber+den+_Klima_Wandel_+%28Brosch%C3%BCre%29.pdf; S.63